



Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, den 15. Juli 2016, Nr. 14

Inhaltsübersicht

Allgemeine Verfügungen

Dienstliche Beurteilungen der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte..... 191

Bekanntmachungen

Übersicht über den Geschäftsanfall bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften im Jahr 2015..... 195

Hauptstaatsanwaltsrat bei dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen..... 210

Hauptpersonalrat Justizvollzug bei dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen..... 211

Hauptpersonalrat bei dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen..... 213

Personalnachrichten..... 214

Ausschreibungen..... 218

Allgemeine Verfügungen

Dienstliche Beurteilungen der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

**AV d. JM vom 4. Juli 2016 (2000 - Z. 511)
- JMBl. NRW S. 191 -**

Die AV d. JM vom 2. Mai 2005 (2000 - Z. 155) - JMBl. NRW S. 121 - wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt III. wird wie folgt gefasst:

„III.

1. Eine dienstliche Beurteilung in regelmäßigen Zeitabständen (Regelbeurteilung) erfolgt:

- a) vor der Ernennung auf Lebenszeit nach sechs, achtzehn und sechsunddreißig Monaten seit der Einstellung in den Justizdienst und alsdann alle zwei Jahre und
- b) nach der Ernennung auf Lebenszeit alle vier Jahre, jeweils zum Ersten eines jeden Jahres, erstmals zum 1. Januar 2009.

Von der Regelbeurteilung sind ausgenommen die Präsidentinnen und Präsidenten der oberen Landesgerichte, die Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälte sowie Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte nach Vollendung des 55. Lebensjahres. Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, sind auf Antrag von einer weiteren Regelbeurteilung auszunehmen. Die Regelbeurteilung entfällt ferner während der Dauer einer Erprobung oder einer Ersatzerprobung im Sinne der AV vom 2. Mai 2005 (2010 - Z. 61) JMBl. NRW S. 136. Im Übrigen entfällt die Regelbeurteilung während einer Beurlaubung, Elternzeit, Freistellung (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 LVO), Abordnung oder Zuweisung nicht.

Die Regelbeurteilung erstreckt sich auch dann auf den gesamten Regelbeurteilungszeitraum, wenn innerhalb dieses Zeitraums eine Anlassbeurteilung erfolgt ist.

2. Eine dienstliche Beurteilung aus Anlass (Anlassbeurteilung) erfolgt:

a) bei jeder Bewerbung um ein Eingangs- oder Beförderungsamts; diese Beurteilung schließt stets an den letzten Regelbeurteilungsstichtag an; dies gilt auch dann, wenn seitdem bereits eine Anlassbeurteilung erfolgt ist,

b) aus Anlass einer länger als drei Monate dauernden Beurlaubung, Elternzeit, Freistellung (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 LVO), Abordnung oder Zuweisung sowie bei Beendigung einer solchen Abordnung oder Zuweisung; dies gilt nicht, wenn die letzte Beurteilung nicht mehr als sechs Monate zurückliegt und eine davon abweichende Beurteilung nicht veranlasst ist sowie für Dienstleistungsaufträge von Richterinnen und Richtern auf Probe und für Abordnungen innerhalb des Bezirks eines unmittelbaren Dienstvorgesetzten,

c) nach Beendigung einer Erprobung oder einer Ersatzerprobung nach Maßgabe von Ziffer V. der Erprobungs-AV in ihrer jeweils gültigen Fassung, es sei denn, die Erprobung wird vor Ablauf von drei Monaten abgebrochen, und

d) bei Versetzungen; dies gilt nicht, wenn die letzte Beurteilung nicht mehr als sechs Monate zurückliegt und eine davon abweichende Beurteilung nicht veranlasst ist oder wenn die Versetzung innerhalb des Bezirks eines unmittelbaren Dienstvorgesetzten erfolgt oder wenn die oder der zu Beurteilende seit der letzten Regel- oder Anlassbeurteilung nur im aufnehmenden Geschäftsbereich tätig gewesen ist.

3. Richterinnen und Richter auf Probe oder kraft Auftrags sind, soweit erforderlich, ferner rechtzeitig vor Ablauf der in § 22 Abs. 1, 2 und 4 sowie § 23 DRiG bestimmten Fristen zu beurteilen.“

2. Abschnitt IV. wird wie folgt gefasst:

„IV.

1. Die dienstliche Beurteilung obliegt der oder dem Dienstvorgesetzten im Sinne des § 1 Abs. 1 der Zuständigkeitsverordnung JM - ZustVO JM - (SGV. NRW 2030) in der jeweils gültigen Fassung, ferner der oder dem nach § 6 Abs. 1 Nr. 10 dieser Verordnung zuständigen Dienstvorgesetzten (Überbeurteilung).

In der Arbeitsgerichtsbarkeit sollen die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident in das Beurteilungsverfahren einbezogen werden.

Im Fall der Abordnung an eine Stelle außerhalb des Geschäftsbereichs des Justizministeriums oder der Zuweisung einer Tätigkeit bei einer solchen Stelle obliegt die dienstliche Beurteilung der oder dem letzten Dienstvorgesetzten im Sinne des § 1 Abs. 1 ZustVO JM. Zu diesem Zweck ist ein Beurteilungsbeitrag der Stelle einzuholen, bei der die Richterin oder der Richter, die Staatsanwältin oder der Staatsanwalt beschäftigt ist. § 6 Abs. 1 Nr. 10 ZustVO JM ist entsprechend anzuwenden.

Erfolgt die Abordnung an eine Stelle außerhalb des Geschäftsbereichs des Justizministeriums oder die Zuweisung einer Tätigkeit bei einer solchen Stelle zum Zwecke der Ersatzerprobung, obliegt die dienstliche Beurteilung gemäß Ziffer III Nr. 2 c) den in § 2 Nr. 1 bis 3 und 5 bis 6 ZustVO JM genannten Dienstvorgesetzten für die Richterinnen oder Richter und Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte ihres Geschäftsbereichs. Zu diesem Zweck ist ein Beurteilungsbeitrag der Stelle einzuholen, bei der die Ersatzerprobung erfolgt ist.

Die dienstliche Beurteilung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, die an das Justizministerium abgeordnet sind, obliegt in allen Fällen dem Justizministerium.

2. Für die Beurteilung ist der Vordruck Nr. 195 (Personal- und Befähigungsnachweisung) zu verwenden.“

3. Abschnitt V. Nummer 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Der Beurteilungstext muss im Hinblick auf die Gesamtwertung schlüssig sein und darf nicht darauf gerichtet sein, diese zu differenzieren, auch nicht in zeitlicher Hinsicht.“

4. Abschnitt VII. wird wie folgt gefasst:

„VII.

Bei der Beurteilung von Teilzeitkräften ist § 13 Abs. 4 S. 2 LGG zu beachten. Bei der Beurteilung von Schwerbehinderten und der ihnen nach § 68 SGB IX gleichgestellten Menschen sind Ziffer 10 der zur Durchführung der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX) im öffentlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen geltenden Richtlinien und Ziffer V. 3 der Gemeinsamen Rahmenvereinbarung zur Integration schwerbehinderter Menschen in die Dienststellen der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß § 83 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) vom 8. Mai 2014, jeweils in der gültigen Fassung, zu beachten.“

5. Die Anlage zu Abschnitt IV. Nummer 2 erhält die aus dem Anhang zu dieser Allgemeinverfügung ersichtliche Fassung.

Diese Allgemeinverfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

**Dienstliche Beurteilung der Richterinnen und Richter
sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte**

Anlage zur AV des JM vom 2. Mai 2005 (2000 – Z. 155) - JMBl. NRW S. 121 -
in der Fassung der AV des JM vom 4. Juli 2016 (2000 – Z. 511) - JMBl. NRW S. 191 -

Aktenzeichen a) des Justizministeriums: _____
b) der Mittelbehörde: _____

Beurteilungsanlass	
<input type="checkbox"/> Regelbeurteilung gemäß III. 1 der AV <input type="checkbox"/> Sonstige Beurteilung Anlass: _____ Beurteilungszeitraum: _____ bis _____	
Personalangaben	
Familienname, ggf. abweichender Geburtsname, Vorname (akademischer Grad)	Geburtsdatum
Amtsbezeichnung/Besoldungsgruppe	Dienststelle
Tag, Ort und Ergebnis a. der ersten (Staats-)Prüfung a. _____ b. der zweiten Staatsprüfung b. _____ c. sonstiger Prüfungen c. _____ c. _____	
Dienstlaufbahn (Ernennungen, Amtsübertragungen, Abordnungen, Versetzungen)	
Berufliche Vortätigkeiten	
Freistellung / Beurlaubung (z.B. Elternzeit) / Teilzeitbeschäftigung	
Schwerbehinderung oder Gleichstellung gemäß SGB IX <input type="checkbox"/> ja GdB: _____ Schwerbehindertenvertretung ist über die bevorstehende Beurteilung informiert worden am: <input type="checkbox"/> nein _____	
Besondere Aufgaben / Bemerkungen etc.	

Bekanntmachungen**Übersicht über den Geschäftsanfall
bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften
im Jahr 2015**

Bekanntmachung des JM
vom 30. Mai 2016 (1441 E - I. 1/16) - JMBl. NRW S. 195 -
(Letzte Übersicht für das Jahr 2014 im JMBl. NRW 2015, S. 261 ff.)

		2013	2014	2015
<u>Teil I. Amtsgerichte</u>				
<u>A. Zivilsachen</u>				
<u>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten</u>				
1.	Mahnsachen	1.842.381	1.616.708	1.476.161
2.	Zivilprozesssachen			
	a) Geschäftsentwicklung			
	1. Eingänge (Geschäftsanfall)	289.797	283.740	284.069
	2. Erledigte Verfahren	288.931	281.638	292.992
	3. Unerledigte Verfahren am Jahresende	127.202	129.304	120.381
	b) Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	288.931	281.638	292.992
	davon waren			
	1. Abhilfeverfahren gem. § 321a ZPO	51	64	43
	2. Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	216	195	174
	3. Klageverfahren	271.535	265.044	277.963
	4. Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	9.572	9.278	8.823
	5. Klagen im Verfahren für geringfügige Forderungen -small claims- vgl. §§ 1097 ff. ZPO	36	43	62
	6. Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	7.521	7.014	5.927
3.	Verteilungsverfahren	28	39	9
4.	Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens	13.156	12.557	11.330
5.	Zwangsverwaltungen	3.692	3.548	2.474
6.	Sonstige zur Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts gehörige Vollstreckungssachen	753.203	600.771	634.450
7.	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Streitverfahrens	4.858	4.458	3.968

II. Insolvenzverfahren

Eröffnete

1.	Insolvenzverfahren	8.487	8.015	7.205
2.	Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren	24.604	23.527	21.575
3.	Insolvenzverfahren nach Europäischen Recht	18	18	19

B. Familiensachen

		-	-	-
		-	-	-
a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	158.850	154.508	157.868
2.	Erledigte Verfahren	163.762	159.573	158.107
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	98.087	92.759	92.439
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	163.762	159.573	158.107
	davon waren			
1.	Familiensachen (soweit nicht unter Ziff. 2 bis 5 aufgeführt)	129.994	128.620	128.165
2.	abgetrennte Folgesache(n)	6.396	3.720	2.699
3.	einstweilige Anordnungen	27.092	26.896	26.932
4.	Abhilfeverfahren	1	-	1
5.	Lebenspartnerschaftssachen	279	337	310
c)	Mit den erledigten Verfahren waren insgesamt an Verfahrensgegenständen anhängig	224.201	218.430	214.060
	davon betrafen			
1.	Scheidung	47.666	46.523	44.459
2.	andere Ehesache	198	129	115
3.	Versorgungsausgleich	53.384	49.218	46.733
4.	Unterhalt für das Kind	21.425	20.173	18.168
5.	Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	13.068	12.451	11.456
6.	sonstige Unterhaltssache (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	709	666	667
7.	Ehewohnung und/oder Haushalt	2.608	2.448	2.164
8.	Güterrechtssache	4.154	4.053	3.703
9.	elterliche Sorge	36.498	38.725	43.268
10.	Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	14.398	14.351	14.260
11.	Kindesherausgabe	1.266	1.195	1.157
12.	Unterbringung nach § 1631b BGB	2.718	2.683	3.058
13.	Unterbringung nach öffentlichem Recht gem. § 151 Nr. 7 FamFG	172	166	167
14.	sonstige Kindschaftssache	572	524	840
15.	Abstammungssache	4.275	4.096	3.547
16.	Adoptionssache	2.528	2.690	2.544
17.	Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	11.215	11.127	11.053
18.	Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	2.664	2.522	2.524
19.	Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft gem. § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG	269	331	304
20.	sonstige Familiensache gem. § 266 FamFG	3.810	3.778	3.374
21.	weitere Familiensache	604	581	499
d)	Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens darunter waren			
	- vereinfachte Unterhaltsverfahren	5.585	6.037	5.893

	- sonstige FH-Verfahren	491	538	511
e)	Vormundschaften und Pflegschaften (Am Jahresende blieben anhängig)			
	- Vormundschaften	15.947	17.014	24.138
	- Pflegschaften (ohne Ergänzungspflegschaften für einzelne Rechtshandlungen)	9.530	9.568	9.683
<u>C. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</u>				
1.	Standesamtssachen	2.665	2.447	2.261
2.	Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	89	88	96
3.	Erledigungen von Angelegenheiten nach dem Beratungshilfegesetz			
a)	Berechtigungsschein erteilt auf unmittelbaren Antrag der/des Rechtsuchenden	124.284	141.073	138.678
b)	Beratungshilfe bewilligt und/oder Berechtigungsschein erteilt auf			
	einen mit anwaltlicher Hilfe gestellten Antrag	70.879	66.856	56.559
c)	Antrag auf Erteilung eines Berechtigungsscheines schriftlich zurückgewiesen	11.025	12.128	12.773
d)	Übermittlung oder Ablehnung eines Ersuchens gem. § 10 Abs. 3 BerGH	232	1.261	1.739
4.	Art der durch die Rechtsanwaltschaft gewährte Beratungshilfe			
a)	Beratung und Auskunft (Nr. 2501, 2502 VV RVG)	31.788	32.571	31.722
b)	Vertretung (Nr. 2503 - 2507 VV RVG)	104.467	101.470	94.151
c)	Mitwirkung an der Einigung oder Erledigung der Rechtssache (Nr. 2508 VV RVG)	12.175	15.818	12.674
5.	Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	3.729	5.403	6.788
6.	Grundbuchsachen			
	eingereichte Urkunden betreffend			
a)	Begründung und Veränderung von Eigentum, Verän- derung der			
	Berechtigung am Erbbaurecht	317.205	316.958	328.112
b)	Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III	768.516	787.030	752.624
c)	Begründung, Aufteilung und Veränderung von Woh- nungs- und Teileigentum sowie von Erbbaurechten	12.948	13.176	12.747
7.	Nachlass- und Teilungssachen			
a)	Testamentsachen (IV)	110.523	108.398	113.799
b)	Sonstige Nachlasssachen (VI)	126.411	122.796	133.571
8.	Am Jahresschluss blieben anhängig			
a)	Betreuungen	296.651	292.910	285.604
b)	Vormundschaften des Vormundschaftsgerichts (seit September 2009 fallen Neueingänge in die Zuständigkeit des Familiengerichts, vgl. II. e))	1.568	1.183	1.338
c)	Pflegschaften des Vormundschaftsgerichts (seit September 2009 fallen Neueingänge in die Zuständigkeit des Familien- oder Betreuungsgerichts, vgl. II. e) und IV. 8 d))	2.243	1.322	876
d)	Pflegschaften des Betreuungsgerichts	1.349	726	646
	Gesamtzahl	301.811	296.141	288.464
9.	Verfahren auf betreuungsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung oder Anordnung der Unterbringung	53.196	50.565	47.609
10.	Andere betreuungsgerichtliche Angelegenheiten ohne Verfahren nach § 340 Nr. 1 FamFG	808	880	641

11.	Betreuungen	82.695	81.765	82.566
12.	Registersachen			
a)	Eingetragene Vereine			
	Eintragungen	2.827	2.804	2.802
	Löschungen	1.894	1.993	1.899
	Bestand am Jahresende	117.598	118.412	119.326
b)	Güterrechtsregister			
	Eintragungen	201	610	96
	Löschungen	54	20	28
c)	Partnerschaftsregister			
	Eintragungen	156	272	323
	Löschungen	46	56	93
	Bestand am Jahresende	2.076	2.292	2.522
d)	Eintragungen ins Handelsregister A Einzelkaufmänner/Einzelkauffrauen			
	Eintragungen	1.503	1.529	1.483
	Löschungen	2.029	1.982	1.913
	Bestand am Jahresende	34.481	34.037	33.611
e)	Offene Handelsgesellschaften			
	Eintragungen	344	338	344
	Löschungen	459	435	430
	Bestand am Jahresende	5.240	5.144	5.059
f)	Kommanditgesellschaften			
	Eintragungen	3.862	3.620	3.604
	Löschungen	3.073	3.076	3.203
	Bestand am Jahresende	57.464	58.016	58.421
g)	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung			
	Eintragungen	3	5	5
	Löschungen	3	2	2
	Bestand am Jahresende	45	47	50
h)	Rechtsformen ausländischen Rechts HRA			
	Eintragungen	2	3	4
	Löschungen	6	2	-
	Bestand am Jahresende	24	25	29
i)	HRA Juristische Personen			
	Eintragungen	3	3	6
	Löschungen	2	2	4
	Bestand am Jahresende	191	192	185
k)	Eintragungen ins Handelsregister B Aktiengesellschaften			
	Eintragungen	131	129	111
	Löschungen	207	225	183
	Bestand am Jahresende	2.822	2.724	2.652
l)	Kommanditgesellschaften auf Aktien			
	Eintragungen	7	5	4
	Löschungen	5	4	1
	Bestand am Jahresende	53	54	57
m)	Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
	Eintragungen	19.036	19.168	19.808
	Löschungen	13.511	13.970	14.346
	Bestand am Jahresende	248.158	253.368	258.839
n)	Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit			
	Eintragungen	-	3	2

	Löschungen	2	3	2
	Bestand am Jahresende	23	23	23
o)	Europäische Aktiengesellschaften (SE)			
	Eintragungen	13	17	23
	Löschungen	1	6	3
	Bestand am Jahresende	69	80	100
p)	Rechtsformen ausländischen Rechts HRB			
	Eintragungen	234	223	185
	Löschungen	382	362	374
	Bestand am Jahresende	2.622	2.494	2.311
r)	Eingetragene Genossenschaften			
	Eintragungen	44	43	42
	Löschungen	33	24	31
	Bestand am Jahresende	955	973	985
s)	Musterregister			
	Löschungen	6	1	13
t)	Seeschiffe			
	Eintragungen	28	23	33
	Löschungen	24	37	26
	Bestand am Jahresende	768	754	761
u)	Binnenschiffe			
	Eintragungen	55	46	217
	Löschungen	54	60	248
	Bestand am Jahresende	1.722	1.707	1.818
13.	Kirchenaustritte	79.279	103.856	79.379
14.	Unterbringungssachen			
a)	auf Grund des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung darunter Verfahren über Abschiebehäft gem. § 62 AufenthG	2.446	1.950	1.456
b)	sowie über Haft nach § 15 Abs. 5 und § 57 Abs. 3 AufenthG	1.718	862	842
15.	Landwirtschaftssachen	3.821	3.781	4.112
<u>D. Hinterlegungssachen</u>				
	Zahl der anhängig gewordenen Sachen	13.891	12.978	12.850
<u>E. Strafsachen und Bußgeldverfahren</u>				
<u>I. Strafsachen</u>				
a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	190.627	190.251	186.433
2.	Erledigte Verfahren	190.609	188.005	187.248
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	59.210	61.454	60.639
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	190.609	188.005	187.248
	darunter waren			
1.	Anklagen	156.835	154.434	153.444
2.	Beschleunigte Verfahren	2.027	2.038	1.946
3.	Vereinfachte Jugendverfahren (§ 76 JGG)	1.171	1.161	934
4.	Hauptverhandlungen nach § 408 Abs. 3	2.227	2.571	2.728

5.	StPO Einsprüche gegen von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafbefehle	27.231	26.632	27.008
6.	Privatklageverfahren	68	46	47
7.	Objektive Verfahren	5	3	3
8.	Nachverfahren nach § 439 StPO	85	56	46
9.	Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	20	16	37
10.	Sicherungsverfahren	5	7	4
c)	Urteile	76.925	71.892	69.856
d)	Hauptverhandlungen	148.615	142.689	142.820
<u>II. Bußgeldverfahren</u>				
a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	78.568	81.602	76.737
2.	Erledigte Verfahren	75.472	80.946	77.839
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	21.540	22.196	21.094
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	75.472	80.946	77.839
	darunter waren			
	Einspruch gegen Bußgeldbescheid	75.217	80.759	77.653
c)	Urteile	20.359	21.111	20.117
d)	Verfahren mit Hauptverhandlung	38.210	39.997	38.498
e)	Erzwingungshaftanträge	113.745	122.703	125.626
<u>F. Rechtshilfesachen in Angelegenheiten der freiwill. Gerichtsbarkeit</u>				
1.	Ersuchen an das Amtsgericht	32.522	30.970	29.393
	davon Zuständigkeit			
a)	des Richters	16.393	15.076	12.179
b)	des Rechtspflegers	16.129	15.894	17.214
2.	Ersuchen an die Geschäftsstelle	44.366	40.277	42.566
<u>Teil II. Landgerichte</u>				
<u>A. Zivilsachen</u>				
<u>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in 1. Instanz</u>				
a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	84.868	79.743	77.468
2.	Erledigte Verfahren	84.051	81.349	77.270
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	67.245	65.615	65.698

b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	84.051	81.349	77.270
	davon waren			
1.	Abhilfeverfahren gem. § 321a ZPO	2	1	1
2.	Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	212	173	173
3.	Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG)	62	73	62
4.	Klageverfahren	70.666	69.499	68.352
5.	Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	5.197	4.561	4.182
6.	Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	7.912	7.042	4.500

II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	13.961	13.629	13.050
2.	Erledigte Verfahren	13.733	14.084	12.949
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	7.431	6.972	7.072
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	13.733	14.084	12.949
	davon waren			
1.	Abhilfeverfahren gemäß § 321a ZPO	-	-	-
2.	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	-	-	1
3.	Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	11	14	22
4.	Berufungsverfahren	13.707	14.050	12.879
5.	Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	15	20	47

III. Beschwerden

	Eingänge insgesamt	25.646	26.322	23.764
	davon waren			
1.	Betreuungsbeschwerden	2.161	2.063	2.008
2.	Beschwerden in Insolvenzsachen	932	1.083	1.048
3.	Beschwerden in Kostensachen	946	1.178	1.199
4.	Beschwerden in Freiheitsentziehungs-, Unterbringungs- und betreuungsrechtlichen Zuweisungssachen	1.571	1.655	1.499
5.	Beschwerden nach § 15 Absatz 2 BNotO (seit 2011)	81	108	151
6.	Sonstige Beschwerden	19.955	20.235	17.859

B. Strafsachen

I. Strafsachen in 1. Instanz

a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	3.344	3.457	3.342

2.	Erledigte Verfahren	3.196	3.459	3.221
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.013	1.980	2.100
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	3.196	3.459	3.221
	darunter waren			
1.	Anklagen	2.736	2.863	2.676
2.	Objektive Verfahren	3	5	-
3.	Nachverfahren nach § 439 StPO	1	4	1
4.	Sicherungsverfahren	90	127	116
5.	Vorlagen/Verweisungen durch Gerichte niederer Ordnung	215	296	254
6.	Eröffnungen durch Gerichte höherer Ordnung	7	4	6
c)	Urteile	2.103	2.183	2.009
d)	Hauptverhandlungen	2.582	2.447	2.270
<u>II. Strafsachen in der Berufungsinstanz</u>				
a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	11.102	10.521	10.159
2.	Erledigte Verfahren	10.969	10.742	10.183
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	4.355	4.025	3.999
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	10.969	10.742	10.183
	darunter waren			
1.	Offizialverfahren	10.876	10.609	10.030
2.	Privatklageverfahren	2	-	-
c)	Urteile	5.266	5.100	4.790
d)	Hauptverhandlungen	9.061	8.961	8.566
<u>III. Beschwerden</u>				
	Eingänge	8.210	8.840	8.117
<u>IV. Verfahren vor der Strafvollstreckungskammer</u>				
	Verfahren nach §§ 462 a, 463 StPO vor der			
1.	großen	2.606	2.481	2.432
2.	kleinen	24.852	22.945	22.160
	Strafvollstreckungskammer			
<u>Teil III. Staatsanwaltschaften</u>				
<u>A. Ermittlungsverfahren</u>				
a)	Geschäftsentwicklung (Js-Sachen)			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	1.086.945	1.126.701	1.164.886
2.	Erledigte Verfahren	1.074.912	1.128.312	1.160.842
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	144.809	143.200	147.908

davon				
aa)	staatsanwaltliche Dezernate			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	535.563	552.021	571.686
2.	Erledigte Verfahren	530.674	553.020	568.227
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	83.249	82.246	86.005
bb)	amtsanwaltliche Dezernate			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	551.382	574.680	593.200
2.	Erledigte Verfahren	544.238	575.292	592.615
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	61.560	60.954	61.903
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	1.074.912	1.128.312	1.160.842
	davon wurden beendet durch			
1.	Anklage vor dem Schwurgericht, der großen Strafkammer, der Jugendkammer	2.157	2.186	2.213
2.	Anklage vor dem Schöffengericht, dem Jugendschöffengericht	17.316	17.302	16.350
3.	Anklage vor dem Strafrichter, dem Jugendrichter	118.265	116.692	113.848
4.	Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	104.245	108.413	111.464
5.	Einstellung oder Zurückweisung	644.351	680.653	703.882
6.	Antrag auf Entscheidung im beschleunigtem Verfahren	2.154	1.903	1.950
7.	Antrag auf vereinfachtes Jugendverfahren	1.181	1.235	928
8.	Andere Art der Erledigung	185.243	199.928	210.207
c)	Verfahren wegen Verkehrsstraftaten	166.480	175.462	175.726
c)	Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	1.264.867	1.318.723	1.352.037
	davon Zahl der Personen,			
1.	gegen die angeklagt wurde	155.129	152.612	148.564
2.	gegen die Strafbefehl beantragt wurde	105.660	109.797	112.891
3.	bezüglich derer sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	1.004.078	1.056.314	1.090.582
e)	Die erledigten Verfahren betrafen			
1.	1 Beschuldigten	944.132	995.211	1.027.101
2.	2 Beschuldigte	98.083	101.230	102.577
3.	3 Beschuldigte	20.309	20.175	19.736
4.	4 bis 10 Beschuldigte	12.049	11.365	11.038
5.	11 und mehr Beschuldigte	339	330	390
f)	Anzeigen gegen unbekannte Täter (UJs-Sachen)	893.896	910.895	965.923
g)	Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	78.259	80.740	75.801
<u>B. Sonstige Tätigkeit</u>				
a)	Gnadensachen	3.478	2.937	2.866
b)	Entschädigungssachen nach dem StrEG	632	638	693
c)	Zivilsachen	17	7	13
d)	Rechtshilfesachen	12.567	14.030	11.711
e)	Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	253.094	258.411	265.892

Teil IV. Oberlandesgericht**A. Zivilsachen****I. Berufungen**

a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	11.806	11.732	11.574
2.	Erledigte Verfahren	12.009	11.470	11.488
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	8.356	8.619	8.705
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	12.009	11.470	11.488
	davon waren			
1.	Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils aufgrund eines Vollstreckungsvertrages	8	4	19
2.	Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	157	190	138
3.	Berufungsverfahren	11.837	11.271	11.323
4.	Sonstige zur Zuständigkeit gehörende Verfahren	7	5	7

II. Beschwerden

	Eingänge	6.635	6.917	6.908
	davon waren			
1.	Beschwerden in Landwirtschaftssachen	54	37	68
2.	Verfahren nach § 23 EGGVG	26	26	73
3.	Nachlassbeschwerden	519	670	618
4.	Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (außer Nachlassbeschwerden) einschl. der Kostensachen auf diesem Gebiet und der Beschwerden nach § 156 KostO sowie Beschwerden nach dem Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (SpruchG)	524	494	498
5.	Sonstige Beschwerden	5.512	5.690	5.651

B. Familiensachen**I. Beschwerden gegen Endentscheidungen**

a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	7.071	6.796	6.324
2.	Erledigte Verfahren	7.184	6.869	6.416
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.611	2.538	2.445
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	7.184	6.869	6.416
	davon waren			
1.	Familiensachen (soweit nicht unter Ziff. 2 bis 4 aufgeführt)	6.439	6.165	5.677
2.	Beschwerden in einstweiligen Anordnungsverfahren	740	691	731

3.	Abhilfverfahren	4	6	5
4.	Lebenspartnerschaftssachen	1	7	3
c)	Mit den erledigten Verfahren waren insgesamt an Verfahrensgegenständen anhängig	7.343	7.034	6.535
	davon betrafen			
1.	Scheidung	206	168	162
2.	andere Ehesachen	8	13	8
3.	Versorgungsausgleich	1.642	1.640	1.594
4.	Unterhalt für das Kind	1.240	1.105	974
5.	Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	1.133	1.071	863
6.	sonstige Unterhaltssache (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	79	63	63
7.	Ehewohnung und/oder Haushalt	159	137	100
8.	Güterrechtssache	259	300	276
9.	elterliche Sorge	1.460	1.461	1.416
10.	Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	341	337	384
11.	Kindesherausgabe	104	85	82
12.	Unterbringung nach § 1631b BGB	30	41	56
13.	Unterbringung nach öffentlichem Recht gem. § 151 Nr. 7 FamFG	2	1	1
14.	sonstige Kindschaftssache	16	6	13
15.	Abstammungssache	67	73	57
16.	Adoptionssache	34	22	36
17.	Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung gem. § 1 GewSchG	233	193	204
18.	Wohnungsüberlassung gem. § 2 GewSchG	23	21	13
19.	Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft gem. § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG	-	2	1
20.	sonstige Familiensache gem. § 266 FamFG	260	252	188
21.	weitere Familiensache	47	43	44
d)	Anträge außerhalb eines anhängigen Verfahrens	47	41	60

II. Sonstige Beschwerden

Eingänge

1.	Verfahrenskostenhilfe	5.471	5.185	4.921
2.	Aussetzung des Scheidungsverfahrens	-	2	-
3.	Wert des Verfahrensgegenstandes	445	393	378
4.	Kostenangelegenheit	590	701	784
5.	sonstige Angelegenheit	1.495	1.351	1.400

C. Strafsachen und Bußgeldverfahren

I. Strafsachen in 1. Instanz

Eingänge (Geschäftsanfall)	4	2	13
----------------------------	---	---	----

II. Revisionen und Rechtsbeschwerden in Bußgeldverfahren

a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	3.285	3.314	3.537
2.	Erledigte Verfahren	3.301	3.294	3.507
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	343	361	393

b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	3.301	3.294	3.507
	davon waren			
1.	Offizialverfahren	1.234	1.234	1.209
2.	Privatklageverfahren	-	-	-
3.	Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	834	815	904
4.	Zulassungsanträge	1.233	1.245	1.394
c)	Urteile (nur bei Revisionsinstanz)	25	17	32
d)	Verfahren mit Hauptverhandlung (nur bei Revisionsinstanz)	26	18	35

Teil V. Generalstaatsanwaltschaften

A. Ermittlungsverfahren OJs

a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	4	6	12
2.	Erledigte Verfahren	5	5	4
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	14	15	23
b)	Nachfolgend als erledigte Verfahren zu Grunde gelegt (kann aufgrund statistischer Differenzen geringfügig von a) 2. abweichen)	5	5	4
	davon wurden erledigt			
1.	durch Anklage vor dem Oberlandesgericht	-	1	2
2.	durch Einstellung oder Zurückweisung	2	-	-
3.	auf sonstige Weise	3	4	2
c)	Zahl der Personen, gegen die ermittelt wurde	9	5	5
	davon Zahl der Personen,			
1.	gegen die angeklagt wurde	-	1	2
2.	bezüglich deren sich das Verfahren in anderer Weise erledigte	9	4	3

B. Sonstige Tätigkeit

a)	Revisionen	1.321	1.275	1.292
b)	Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	793	827	886
c)	Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	3.686	3.708	4.028
d)	Beschwerden gegen Bescheide von Staats- / Amtsanwälten	8.593	8.420	8.357
e)	Haftprüfungsverfahren	240	263	268
f)	Aus- und Durchlieferungsverfahren	839	901	978
g)	Gnadensachen	2	-	2
h)	Entschädigungssachen nach dem StrEG	461	491	535

Teil VI. Verwaltungsgerichte

A. Hauptverfahren

a)	Geschäftsentwicklung			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	44.721	35.140	36.100
2.	Erledigte Verfahren	43.312	34.742	36.894

3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	27.264	27.662	26.868
<u>B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz</u>				
Geschäftsentwicklung				
a)	der Numerus-clausus-Sachen			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	986	698	673
2.	Erledigte Verfahren	1.286	755	621
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	224	167	219
b)	der sonstigen Verfahren			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	9.830	12.521	15.577
2.	Erledigte Verfahren	9.973	11.955	16.034
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.313	1.879	1.422
<u>C. Sonstige Verfahren</u>				
1.	Vollstreckungsverfahren	397	329	566
2.	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	212	210	232
<u>Teil VII. Oberverwaltungsgericht</u>				
<u>A. Erstinstanzliche Hauptverfahren</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	110	137	97
2.	Erledigte Verfahren	122	98	105
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	128	167	159
<u>B. Berufungen</u>				
<u>Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	3.335	3.018	3.456
2.	Erledigte Verfahren	3.649	3.000	2.969
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	2.288	2.306	2.793
<u>C. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz</u>				
Geschäftsentwicklung				
a)	der Numerus-clausus-Sachen			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	284	31	29
2.	Erledigte Verfahren	299	31	26
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	3	3	6
b)	der sonstigen Verfahren			
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	1.345	1.496	1.520

2.	Erledigte Verfahren	1.385	1.457	1.464
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	242	281	337
<u>D. Sonstige Verfahren</u>				
1.	Sonstige Beschwerden	1.303	1.409	1.259
2.	Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	26	36	43
<u>Teil VIII. Finanzgerichte</u>				
<u>A. Klagen</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	10.885	10.358	9.987
2.	Erledigte Verfahren	11.359	11.287	10.750
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	13.478	12.549	11.786
<u>B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	1.899	1.740	1.645
2.	Erledigte Verfahren	1.897	1.812	1.649
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	371	299	296
<u>Teil IX. Sozialgerichte</u>				
<u>A. Klagen</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	78.850	75.300	74.277
2.	Erledigte Verfahren	75.282	77.618	75.820
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	87.923	85.580	83.988
<u>B. Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	7.798	8.184	8.032
2.	Erledigte Verfahren	7.800	8.192	7.921
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	729	711	820
<u>Teil X. Landessozialgericht</u>				
<u>A. Berufungen</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	4.069	4.023	3.894
2.	Erledigte Verfahren	3.822	4.140	4.006
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	5.018	4.882	4.756
<u>B. Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz</u>				
Geschäftsentwicklung				

1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	28	19	22
2.	Erledigte Verfahren	26	18	20
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	5	3	7
<u>C. sonstige Beschwerden</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	2.886	2.852	2.795
2.	Erledigte Verfahren	3.130	2.804	2.760
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	773	817	842
<u>Teil XI. Arbeitsgerichte</u>				
<u>A. Klagen</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	96.330	92.005	88.272
2.	Erledigte Verfahren	95.153	93.991	90.287
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	29.134	27.057	24.977
<u>B. Beschlussverfahren</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	2.669	2.591	2.724
2.	Erledigte Verfahren	2.563	2.576	2.697
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	888	903	930
<u>Teil XII. Landesarbeitsgerichte</u>				
<u>A. Berufungen</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	3.787	4.169	4.119
2.	Erledigte Verfahren	3.870	3.971	3.780
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	1.751	1.947	2.282
<u>B. Beschwerdeverfahren in Beschusssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	323	306	362
2.	Erledigte Verfahren	327	274	312
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	130	139	312
<u>C. Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG</u>				
Geschäftsentwicklung				
1.	Eingänge (Geschäftsanfall)	1.607	1.724	1.653
2.	Erledigte Verfahren	1.610	1.678	1.732
3.	Unerledigte Verfahren am Jahresende	290	343	283

**Hauptstaatsanwaltsrat
bei dem Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Bekanntmachung d. JM vom 4.Juli 2016
(2706 - Z. 3) – JMBl. NRW S. 210 –**

Der am 9. Juni 2016 gewählte Hauptstaatsanwaltsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Staatsanwalt Jochen Hartmann
Staatsanwaltschaft Duisburg

Oberstaatsanwalt Dietmar Sauerland
Staatsanwaltschaft Paderborn

Staatsanwältin Elke Marie Hinterberg
Staatsanwaltschaft Essen

Oberstaatsanwältin Sonja Iwand
Staatsanwaltschaft Köln

Oberstaatsanwalt Bernhard Schubert
Staatsanwaltschaft Aachen

Staatsanwalt Dr. Thomas Funcke
Staatsanwaltschaft Bielefeld

Staatsanwalt Uwe Klaus Schroeder
Staatsanwaltschaft Duisburg

Staatsanwalt Peter Koschnick
Staatsanwaltschaft Essen

Staatsanwalt Dr. Christoph Nießen
Staatsanwaltschaft Köln

Oberstaatsanwalt Jens Hartung
Staatsanwaltschaft Duisburg

Staatsanwalt Björn Heckhoff
Staatsanwaltschaft Münster

Staatsanwalt Christoph Burbulla
Staatsanwaltschaft Mönchengladbach

Staatsanwalt Markus Hartmann
Staatsanwaltschaft Köln

Vorsitzende Person:

Staatsanwalt Jochen Hartmann
Staatsanwaltschaft Duisburg

1. Stellvertreter:

Oberstaatsanwalt Jens Hartung
Staatsanwaltschaft Duisburg

2. Stellvertreterin:

Oberstaatsanwältin Sonja Iwand
Staatsanwaltschaft Köln

3. Stellvertreter:

Staatsanwalt Peter Koschnick
Staatsanwaltschaft Essen

**Vorsitzende Person bei Beförderungsangelegenheiten
nach § 46 Absatz 3 LRiStaG:**

Leitender Oberstaatsanwalt Walther Müggenburg
Staatsanwaltschaft Essen

Stellvertreter:

Leitender Oberstaatsanwalt Helmut Hammerschlag
Staatsanwaltschaft Aachen

Anschrift:

Hauptstaatsanwaltsrat
bei dem Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Koloniestr. 72
47057 Duisburg

**Hauptpersonalrat Justizvollzug
bei dem Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Bekanntmachung d. JM vom 8. Juli 2016
(2700 – Z. 1) – JMBl. NRW S. 211 –**

Der am 9. Juni 2016 gewählte Hauptpersonalrat Justizvollzug bei dem Justizministerium Nordrhein-Westfalen setzt sich wie folgt zusammen:

a) Gruppe der Beamten:

Justizvollzugsüberinspektor Peter Brock
Justizvollzugsanstalt Rheinbach

Regierungsamtsinspektor Ulrich Biermann
Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne

Justizvollzugsamtsinspektor Andreas Schürholz
Justizvollzugsanstalt Hagen

Justizvollzugsamtsinspektor Horst Butschinek
Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Vohwinkel

Justizvollzugsamtmann Rolf Oelke
Justizvollzugsanstalt Köln

Betriebsinspektor Bernd Schreiber
Justizvollzugsanstalt Schwerte

Sozialamtfrau Katrin Eickmeyer
Justizvollzugsanstalt Detmold

Justizvollzugsamtsinspektor Peter Buschmeier
Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede

Justizvollzugsamtsinspektor Ralf Jentjens
Justizvollzugsanstalt Geldern

Justizvollzugsamtsinspektor Frank Baucke
Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Senne

Justizvollzugsamtsinspektor Jürgen Josten
Justizvollzugsanstalt Düsseldorf

Justizvollzugsamtsinspektor Wolfgang Sonnenschein
Justizvollzugsanstalt Bochum

Justizvollzugshauptsekretär Achim Hirtz
Justizvollzugsanstalt Münster

b) Gruppe der Arbeitnehmer

Andrea Krehl
Justizvollzugs Krankenhaus Fröndenberg

Justizvollzugsbeschäftigte Martina Heiser
Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen in Wuppertal

Vorsitzende Person:

Justizvollzugsobersinspektor Peter Brock
Justizvollzugsanstalt Rheinbach

Stellvertreterin und Stellvertreter:

Andrea Krehl
Justizvollzugs Krankenhaus Fröndenberg

Justizvollzugsamtsinspektor Horst Butschinek
Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Vohwinkel

Anschrift:

Hauptpersonalrat Justizvollzug
bei dem Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf

**Hauptpersonalrat
bei dem Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Bekanntmachung d. JM vom 8. Juli 2016
(2700 – Z. 1) – JMBl. NRW S. 213 –**

Der am 9. Juni 2016 gewählte Hauptpersonalrat bei dem Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen setzt sich wie folgt zusammen:

a) Gruppe der Beamten:

Justizrat Rainer Saßmannshausen
Oberlandesgericht Hamm

Justizobersekretärin Eva Bruchatz
Amtsgericht Duisburg-Hamborn

Justizamtfrau Jutta Dünnes
Amtsgericht Gummersbach

Justizamtsrat Wolfgang Lämmer
Amtsgericht Gelsenkirchen

Justizamtsinspektor Wolfgang Meyer
Oberlandesgericht Köln

Sozialoberinspektor Emanuel Schmidt
Landgericht Dortmund

Justizamtsrat Stephan Emmeler
Amtsgericht Köln

Oberamtsanwalt Heinz Köllmann
Staatsanwaltschaft Mönchengladbach

b) Gruppe der Arbeitnehmer

Justizbeschäftigte Helga Sichtermann
Landgericht Essen

Justizbeschäftigte Monika Karstaedt
Amtsgericht Leverkusen

Justizbeschäftigter Bernward Schoppmann
Staatsanwaltschaft Münster

Justizamtmann Ferdinand Kehren
Amtsgericht Erkelenz

Justizbeschäftigter Klaus Plattes
Amtsgericht Düsseldorf

Justizbeschäftigte Karen Altmann
Amtsgericht Düsseldorf

Justizhauptsekretär Volker Fritz
Amtsgericht Dortmund

Vorsitzende Person:

Justizamtsrat Wolfgang Lämmer
Amtsgericht Gelsenkirchen

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

Justizbeschäftigter Klaus Plattes
Amtsgericht Düsseldorf

Sozialoberinspektor Emanuel Schmidt
Landgericht Dortmund

Justizbeschäftigte Helga Sichteremann
Landgericht Essen

Justizbeschäftigte Karen Altmann
Amtsgericht Düsseldorf

Anschrift:

Hauptpersonalrat
bei dem Justizministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf

Personalnachrichten

Justizministerium

Ruhestand:

Regierungsdirektor Norbert Adams.

OLG-Bezirk Düsseldorf

Gerichte

Ernannt:

z. **Richterin am LG:** Richterin Julia Becker in Duisburg u. Richterin kraft Auftrags Dr. Frauke Dirksen in Wuppertal

Ruhestand:

Richterin am LG Christiane Adelung in Wuppertal.

Richter/in auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Dr. Carina Bartholomäi, Timo Gehrling u. Jessika Henke.

Staatsanwaltschaft

Ernannt:

z. **Staatsanwältin:** Staatsanwältin (Richterin auf Probe) Dr. Marisa Ameling in Mönchengladbach; z. **Justizamtsrätin/-amtsrat:** Justizamtsfrau/-amtmann Birgit Auberg u. Maria Theresia Nowotsch in Duisburg, Petra Gather-Ludwitzack, Hans-Peter Liebig u. Ingrid Loer in Krefeld, Elke Christine Inderelst in Mönchengladbach und Karl-Heinz Disselhoff in Wuppertal.

Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor Nicolas Daniel Fischer.

OLG-Bezirk Hamm

Gerichte

Ernannt:

z. **Justizoberinspektorin:** Justizinspektorin Carina Bente, Janina Detering, Anne Struck und Svenja Wroblewski in Dortmund, Dania Ochmann in Essen; z. **Sozialoberinspektor:** Sozialinspektor Frederik Deventer in Arnsberg; z. **Gerichtsvollzieherin:** Justizbeschäftigte Christina Sandmann in Minden.

Ruhestand:

Vorsitzender Richter am LG Burkhart Asbeck in Siegen, Richter am AG Alexander Becks in Ahaus, Sozialoberamtsrat Albert Schmelting in Münster, Justizamtsrätin Evelyn Krämer-Hütter in Bochum, Sozialamtsrat Dr. Georg Nienhaus in Essen, Justizamtsfrau Monika Herrmann in Hamm, Justizamtsinspektor (A 9 m. AZ) Ingo Freese in Bielefeld u. Martin Mohing in Schwelm, Erster Justizhauptwachtmeister (A 7) Heinz-Jürgen Dembinski in Bochum, Erster Justizhauptwachtmeister (A 6) Klemens Sänger in Paderborn.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Simon Bellinghausen, Janina Krause, Kathrin Krüger, Alena Krütt und Josephine Schlenter.

Staatsanwaltschaften

Ausgeschieden:

Staatsanwältin als Gruppenleiterin Gisela Brinkforth-Pekoch in Detmold u. Justizsekretärin Sadata Schimmel in Dortmund.

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Rechtsanwältin/Rechtsanwalt (Neuzulassungen u. Aufnahmen):

Alina Arent (bisher RAK Kassel) in Warburg, Christian Rebbert (bisher RAK Düsseldorf) in Lipstadt, Klaus-Ulrich Wiesemann (bisher RAK Koblenz) in Dortmund.

Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt (Neuzulassungen u. Aufnahmen):

Björn Altenburg in Hagen, Dr. Nicole Angenendt in Bocholt, Stephanie Babiël in Dortmund, Michael Bach in Selm, Dr. Carsten Bergjohann in Gelsenkirchen, Hannah Beruda, LL.M. in Hamm, Dr. Marc Biermann in Münster, Isabel Romy Bierther, LL.M. in Essen, Nora Bohr in Gelsenkirchen, Dr. Mathias Dierkes in Recklinghausen, Thomas Drott in Bad Oeynhausen, Dennis Formans in Iserlohn, Bernd Freier in Löhne, Christian Fürst in Münster, Julia Anne Gerszke, LL.M. in Münster, Saskia Grondstein, LL.M. in Essen, Dr. Henning Hartmann in Dortmund, Ursula Hennes in Sprockhövel, Dr. Markus Heuel in Essen, Stefan Lars-Thoren Heun-Rehn, LL.M. in Essen, Zeno Hilbring, LL.M. in Recklinghausen, Jan Hoepke in Bochum, Georg Hoffmann, LL.M. in Brilon, Ole S. Hoffmann, LL.M. in Essen, Elisabeth Höller in Essen, Ronald Hüning in Hamm, Armin Hutner in Bochum, Aline Icha in Brilon, Martin Jopke, LL.M. in Rheda-Wiedenbrück, Henning Kehrenberg in Essen, Laura Kesting in Bochum, Björn Knaup in Hagen, Dr. Axel Kroll in Hattingen, Dr. Michael Kronenburg, LL.M. in Gütersloh, Gunar Löwensen in Dülmen, Henning Lutz, LL.M. in Essen, Dr. Henning Martens in Bielefeld, Isabelle Menn, Maître en Droit in Essen, Indra Mohnfeld in Bochum, Ulrich Monheim in Münster, Jörg Mrongowius in Recklinghausen, Hauke Diedrich Müller in Essen, Dr. Inigo Natzel in Bochum, Roland Pappel in Essen, Solveig Peters in Essen, Annabell Pfaff in Münster, Huda Rifaie in Sprockhövel, Dr. Sara Romig in Marl, an-Philipp Sahle in Münster, r. Oliver Schar in Münster, Stephanie Stratmann in Bochum, Stefan Strüwe in Münster, Andreas Vinke in Bielefeld, Dr. André Vollmerhaus in Kierspe, Philipp Wackerbeck in Bochum, Frank Wahle in Drensteinfurt, Markus Wentz in Essen, Katharina Wienhausen in Bochum, Heike Zeitel in Kamen, Dr. Christine Ziegler in Dortmund, Dr. Stephan Zilles in Essen.

Verlegung des Amtssitzes:

Rechtsanwältin und Notarin Heike Schrage von Freudenberg nach Burbach.

Erreichen der Altersgrenze:

Rechtsanwältin u. Notarin Brigitte Dunke in Dortmund, Rechtsanwälte u. Notare Rüdiger Teepe und Hans-Peter Wedemeier in Dortmund, Gerhard Stenner in Selm.

Löschungen als Rechtsanwältin/Rechtsanwalt:

Britta Karstens in Kierspe, Meike Ströhmer in Dortmund, Ralf Ortman in Herne, Markus Schickore in Bielefeld, gelöscht am 15.11.2019 gem. DSGVO, Reinhard Karmann in Bielefeld, Jorge Juanola Frühling (ausl. RA nach EuRAG) in Essen, Frank Behrens in Recklinghausen.

Abgabe in andere Kammerbezirke:

Johanna Lena Kröber, LL.M. in Essen, Elke Menrath in Münster, Melanie kleine Klausing in Delbrück, Oliver Becker in Nottuln.

OLG-Bezirk Köln

Gerichte

Ernannt:

z. **Richterin am LG**: Richterin Sarah Hanke in Bonn; z. **Richter am AG**: Richter Henner Grote in Köln, Richter Fabian Jonas Ricken in Bergisch Gladbach u. Richter Christian David Wilhelm in Siegburg.

Versetzt:

Herr Richter Dr. Sebastian Neurauter an das LG Köln.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Alexandra Harla u. Roman Harbort.

Staatsanwaltschaften:

Ernannt:

z. **Staatsanwältin**: Staatsanwältin (Richterin auf Probe) Anja Heimig in Köln.

Ruhestand:

Oberamtsanwalt (BesGr. A 13 m. AZ) Klaus-Dirk Ilge in Bonn.

Finanzgerichte

Ernannt:

z. **Richter am FG**: Richter Dr. Matthias Wackerbeck in Münster.

LAG-Bezirk Hamm

Ernannt:

z. **Richter am ArbG - als d. ständ. Vertr. e Direktors** -: Direktor d. ArbG Dr. Guido Mareck in Dortmund.

Ruhestand

Direktor d. ArbG Dr. Michael Hülshager in Münster.

LAG-Bezirk Köln

Versetzt:

Richter am ArbG Dr. Sebastian Roloff von Köln an das Bundesarbeitsgericht in Erfurt als Richter am BAG.

Justizvollzug

Ernannt:

z. **Oberlehrerin**: Lehrerin Bibiane Niestegge in Münster; z. **Regierungsamtsrat**: Regierungsamtmann Rudolf Schöttler in Attendorn; z. **Regierungsamtfrau**: Regierungsoberinspektorin Nicole Leger u. Martina de Ryck, in Willich II; z. **Betriebsinspektor**: Hauptwerkmeister Frank Haußmann u. Frank Heße in Werl; z. **Justizvollzugsamtsinspektor/in** (A 9 m. AZ.): Justizvollzugsamtsinspektor Norbert Allofs u. Thomas Hiltrop in Geldern, Leo Berikoven in Rheinbach u. Dirk Hecker in Willich I; z. **Justizvollzugsamtsinspektor/in**: Justizvollzugshauptsekretär/in Anna Heidebrecht, Dietmar Hohmt, Markus Sendek u. Martin Verhülsdonk in Geldern, Stefan Krebs in Köln u. Michael Brombach in Werl; z. **Justizvollzugshauptsekretär/in**: Justizvollzugs-obersekretär/in Sebastian Cleve, Christian Crook, Tim Degens, Robert Domann, Silvio Lüttgens, Sandra Mertzen, Christoph Nellesen u. Christopher Plutte in Geldern, Holger Horn in Werl; z. **Regierungshauptsekretär/in**: Regierungsobersekretär/in Manuel Stember in Bielefeld-Brackwede u. Karin Thater in Schwerte; z. **Hauptwerkmeister**: Oberwerkmeister Hendrik Falenberg in Münster.

Ruhestand:

Oberregierungsrat Reinhard Sahm in Bielefeld-Senne u. Helmut Möller in Hövelhof, Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.) Hans-Jürgen Schröder in Detmold u. Johann Demuth in Rheinbach, Justizvollzugsamtsinspektor Gerd Nölke in Bielefeld-Brackwede, Dieter Schiller in Geldern u. Joachim Stephan in Werl.

Stellenausschreibungen

Das Land NRW fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Das Land NRW bemüht sich bevorzugt um die Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen. Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter Menschen und gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des § 2 Abs. 3 SGB IX sind daher ebenfalls ausdrücklich erwünscht.

Die folgenden Ausschreibungen richten sich ausdrücklich auch an Menschen mit Migrationshintergrund.

Sofern im Einzelnen nichts Anderes bestimmt ist,

- richten sich die Ausschreibungen an Voll- und Teilzeitkräfte,
- sind Bewerbungen innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung grundsätzlich auf dem Dienstweg einzureichen.

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

- 1 Präsidentin o. Präsident d. LG (R 5) in Hagen
- mehrere Oberstaatsanwältin o. Oberstaatsanwalt (R 2) b. d. StA in Dortmund
- 1 Oberstaatsanwältin o. Oberstaatsanwalt (R 2) b. d. StA in Essen
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am OLG (R 2) in Düsseldorf
- mehrere Vors. RichterIn o. Vors. Richter am LG (R 2) in Düsseldorf
- mehrere Vors. RichterIn o. Vors. Richter am LG (R 2) in Duisburg
- 1 o. mehrere Vors. RichterIn o. Vors. Richter am LG (R 2) in Mönchengladbach
- 1 o. mehrere Vors. RichterIn o. Vors. Richter am LG (R 2) in Wuppertal
- 1 Vors. RichterIn o. Vors. Richter am LG (R 2) in Münster
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am AG - als weit. Aufsicht führ. Ri.- (R 2) b. d. AG Dortmund
- 1 Staatsanwältin o. Staatsanwalt als Gruppenleiter/in (R 1 m. AZ.) b. d. StA in Bielefeld
- mehrere RichterIn o. Richter am LG in Düsseldorf, Duisburg u. Wuppertal
- 1 RichterIn o. Richter am LG in Mönchengladbach
- mehrere RichterIn o. Richter am AG in Düsseldorf, Duisburg, Duisburg-Ruhrort, Oberhausen, Geldern u. Wuppertal
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am AG in Krefeld
- je 1 RichterIn o. Richter am AG in Neuss, Moers, Mönchengladbach, Mönchengladbach-Rheydt u. Remscheid
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am LG in Bielefeld
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am AG in Bielefeld
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am AG in Essen
- 1 RichterIn o. Richter am AG in Rahden
- 1 RichterIn o. Richter am AG in Münster
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am LG in Dortmund

- mehrere RichterIn o. Richter am LG Bonn
- für die planmäßige Anstellung von Richterinnen und Richter auf Probe aus dem Bezirk des OLG Köln -
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am AG Köln
- für die planmäßige Anstellung einer RichterIn bzw. eines Richters auf Probe aus dem Bezirk des OLG Köln -
- 1 RichterIn o. Richter am AG Bergisch Gladbach
- für die planmäßige Anstellung einer RichterIn bzw. eines Richters auf Probe aus dem Bezirk des OLG Köln -
- 1 RichterIn o. Richter am ArbG in Iserlohn
- für die planmäßige Anstellung einer RichterIn bzw. eines Richters auf Probe aus dem Bezirk des LAG Hamm
- 1 RichterIn o. Richter am ArbG in Hagen
- 1 RegierungsdirektorIn o. Regierungsdirektor - ständige VertreterIn o. ständiger Vertreter des Leiters - b. d. JVA Bochum
- Bewerben können sich Angehörige der Laufbahngruppe 2 mit der Befähigung für das 2. Einstiegsamt. Das Anforderungsprofil kann b. d. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erbeten werden -
- 1 RegierungsdirektorIn o. Regierungsdirektor - ständige VertreterIn o. ständiger Vertreter der LeiterIn - b. d. JVA Essen
- Bewerben können sich Angehörige der Laufbahngruppe 2 mit der Befähigung für das 2. Einstiegsamt. Das Anforderungsprofil kann b. d. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erbeten werden -
- 1 OberamtsanwältIn o. Oberamtsanwalt (A 13 m. AZ) b. d. StA Arnsberg
- 1 Justizamtfrau o. Justizamtmann - RechtspflegerIn o. SachbearbeiterIn - b. d. StA Bielefeld
- 1 Regierungsamtfrau o. Regierungsamtmann - LeiterIn/In Sicherheit und Ordnung bzw. eine AbteilungsleiterIn/einen Abteilungsleiter - b. d. JVA Wuppertal-Ronsdorf
- die Stellenbeschreibung und das Anforderungsprofil können bei der LeiterIn der JVA Wuppertal-Ronsdorf angefordert werden -
- 1 o. mehrere BetriebsinspektorIn o. Betriebsinspektor b. d. JVA Geldern
- 3 JustizvollzugshauptsekretärIn o. Justizvollzugshauptsekretär b. d. JVA Wuppertal-Vohwinkel
- 1 o. mehrere HauptwerkmeisterIn o. Hauptwerkmeister b. d. JVA Geldern

Stellvertretende GeschäftsleiterIn o. stellvertretender Geschäftsleiter b. d. SG Aachen

Bei dem SG Aachen ist die Stelle für eine stellvertretende GeschäftsleiterIn o. einen stellvertretenden Geschäftsleiter zu besetzen. Die Stelle ist in der Bandbreite der BesGr. A 10 bis A 11 BBesO zuzuordnen. Eine Beförderung nach A 11 ist aus Stellenführungsgründen erst in 3 Jahren möglich

Lehrkraft bei der Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen

Die Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen - Josef-Neuberger-Haus - sucht eine(n) Angehörige(n) des psychologischen Dienstes, die/der bereit ist, im Abordnungsverhältnis für mehrere Jahre als Lehrkraft an der Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen zu lehren. Die Lehrtätigkeit ist auf längstens sieben Jahre befristet.

Das Anforderungsprofil kann bei dem Leiter der Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen angefordert werden.

Rücknahmen:

Folgende Ausschreibungen werden zurückgenommen:

Stellv. Geschäftsleiterin o. stellv. Geschäftsleiter b. d. SG Aachen (JMBl. Nr. 13 v. 1. Juli 2016)

1 Justizvollzugsamtsinspektorin o. Justizvollzugsamtsinspektor (A 9 m. AZ.) - Bereichsleiter/in Dienstorganisation - b. d. JVA Kleve (JMBl. NRW Nr. 11 vom 1. Juni 2016)

je 1 o. mehrere Erste Justizhauptwachtmeisterin o. Erster Justizhauptwachtmeister (A 5) i. d. LG-Bez. Arnsberg, Bielefeld, Bochum, Detmold, Dortmund (ohne AG Dortmund), Essen (ohne AG Essen), Hagen, Münster, Paderborn u. Siegen (JMBl. NRW Nr. 11 v. 1. Juni 2016)

je 1 o. mehrere Erste Justizhauptwachtmeisterin o. Erster Justizhauptwachtmeister (A 5) b. d. AG Dortmund und b. d. AG Essen (JMBl. NRW Nr. 11 v. 1. Juni 2016)

je 1 o. mehrere Erste Justizhauptwachtmeisterin o. Erster Justizhauptwachtmeister (A 5) b. d. OLG Hamm (JMBl. NRW Nr. 11 v. 1. Juni 2016)

1 o. mehrere Erste Justizhauptwachtmeisterin o. Erster Justizhauptwachtmeister (A 5) b. einem Gericht im LG-Bezirk Aachen (JMBl. NRW Nr. 11 v. 1. Juni 2016)

1 o. mehrere Erste Justizhauptwachtmeisterin o. Erster Justizhauptwachtmeister (A 5) b. einem Gericht im LG-Bezirk Bonn (JMBl. NRW Nr. 11 v. 1. Juni 2016)

1 o. mehrere Erste Justizhauptwachtmeisterin o. Erster Justizhauptwachtmeister (A 5) b. einem Gericht im LG-Bezirk Köln (ohne AG Köln) (JMBl. NRW Nr. 11 v. 1. Juni 2016)

1 o. mehrere Erste Justizhauptwachtmeisterin o. Erster Justizhauptwachtmeister (A 5) b. d. AG Köln (JMBl. NRW Nr. 11 v. 1. Juni 2016)